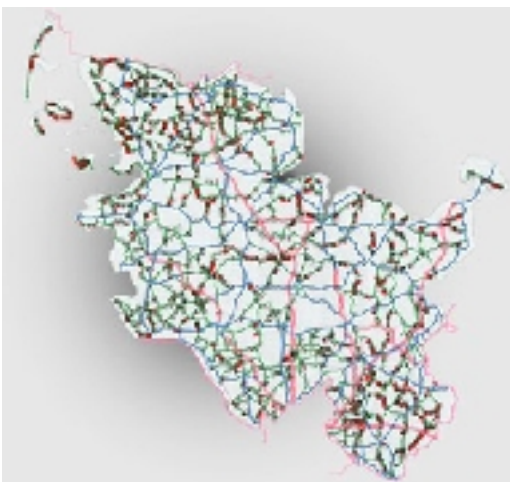


INHALT

1. Erste Schlagloch-Piste gesperrt
2. Anhörung bringt scharfe Kritik an Regierungsplänen zur Einrichtung neuer Oberstufen
3. CDU-Fraktion tagt künftig einmal monatlich auswärts
4. Fraktionsarbeitskreise besuchen Kindertagesstätte in Haffkrug
5. Reibungsloser Ablauf der Steuerverwaltung steht und fällt mit kompetentem Nachwuchs
6. Landwirtschaft stellt sich dem Wandel
7. Besuch des Gewerbegebiets-West in Stockelsdorf
8. Energiewendeministerium bringt kein „Sieben-Monats-Kind“ zur Welt

08.02.2013

Erste Schlagloch-Piste gesperrt
NDR sucht Fotos von tiefsten Kratern



Karte mit dringend sanierungsbedürftigen Straßenabschnitten

In dieser Woche ist die Landesstraße 105 zwischen Gudow und Büchen auf zwölf Kilometern Länge gesperrt worden. Wann sie wieder frei gegeben werden kann, ist noch nicht bekannt. Der Abschnitt wird als nicht mehr sicher befahrbar eingestuft.

CDU-Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp hat daraufhin SPD, Grüne und SSW sofort aufgefordert,

keine weiteren Kürzungen an den Mitteln für den Straßenunterhalt vorzunehmen.

Laut Koalitionsvertrag wollen SPD, Grüne und SSW allein die vom Bund für die Verbesserung des Verkehrs in den Gemeinden bereit gestellten Gelder von über 30 auf etwa 12 Millionen Euro kürzen. Unter anderem soll aus diesen Mitteln die Kieler Straßenbahn finanziert werden.

„Wenn die Regierung Albig das durchzieht, werden in wenigen Jahren Straßensperrungen in unserem Land zum Alltag gehören“, so Arp.

Mittlerweile sucht der NDR Fotos von weiteren Schlaglochstrecken. Der Sender will die beschädigten Straßen auch auf einer Karte darstellen.

Fotos können hier online gestellt werden:

<http://www.ndr.de/regional/schleswig-holstein/schlagloch413.html>

Anhörung bringt scharfe Kritik an Regierungsplänen zur Einrichtung neuer Oberstufen CDU-Fraktion fordert Oberstufenkonzept



Heike Franzen, MdL

Die gestrige (07. Februar 2013) Anhörung im Bildungsausschuss zu dem so genannten „Vorschaltgesetz“ von SPD, Grünen und SSW brachte der Regierungskoalition zum Teil heftige Kritik sowohl an den Inhalten, als auch am gewählten Verfahren ein.

Dies galt insbesondere für die Ankündigung der Landesregierung, vorbehaltlich der von SPD, Grünen und SSW vorgesehenen Gesetzesänderung neun weitere Oberstufen an Gemeinschaftsschulen einzurichten. Neben anderen Anzuhörenden wies der Landkreistag darauf hin, dass vor der Einrichtung von Oberstufen laut Schulgesetz eine Prüfung des öffentlichen Bedürfnisses unter Berücksichtigung der Schulentwicklungsplanung des Schulträgers und des Kreises vorzunehmen ist. Dies sei nicht erfolgt. (Umdruck 18/766, Link s. unten)

„SPD, Grüne und SSW wussten genau, wie diese Prüfung ausfallen würde. Deshalb haben sie sich lieber nicht ans Gesetz gehalten“, erklärte CDU-Bildungspolitikerin Heike Franzen im Anschluss an die Anhörung.

Die Angehörten befürchteten unter anderem ein Aufbau von Überkapazitäten an Oberstufen. Verbunden damit wäre eine Reduzierung der Vielfalt der Profile auf zwei Pflichtprofile. Dies

werde Auswirkungen auf die Arbeitsfähigkeit kleiner Oberstufen haben. Im Übrigen seien pro Oberstufe mindestens zehn Lehrer erforderlich.

„Die Bildungsministerin plant nicht einmal ein Viertel der nach Ansicht der Fachleute benötigten Stellen ein. Aber entschieden haben SPD, Grüne und SSW schon“, so Franzen.

Die Landesschülervertretung habe in der Anhörung ausdrücklich auf den hohen Anspruch der Schülerinnen und Schüler an ihre Lehrer hingewiesen. „Die Einrichtung neuer Oberstufen darf keinesfalls zu Lasten der Qualität gehen“, so Franzen.

Die CDU-Bildungsexpertin unterstützte darüber hinaus die Forderung des Vertreters der G-9 Schulen nach einem Oberstufenkonzept unter Berücksichtigung der bestehenden Oberstufen.

„Wir müssen die Vielfalt unserer Oberstufen erhalten. Unser Anspruch muss doch sein, möglichst vielen Schülern das Profil ihrer Wahl in möglichst geringer Entfernung anzubieten. Von diesem Ziel haben SPD, Grüne und SSW sich völlig verabschiedet. Sie reduzieren diese Vielfalt“, erklärte die CDU-Bildungsexpertin.

Link zur Stellungnahme des Landkreistages:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/0700/umdruck-18-0766.pdf>

Link zur Stellungnahme des Landeselternbeirates der Gymnasien:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/0700/umdruck-18-0723.pdf>

Link zur Stellungnahme des Direktorenverbindungsausschusses:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/0600/umdruck-18-0676.pdf>

CDU-Fraktion tagt künftig einmal monatlich auswärts Auftakt in Ostholstein – Rückendeckung für den Kreis



Mitglieder der gemeinsamen Fraktionssitzung

Die CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag wird künftig jeweils eine ihrer vier monatlichen Sitzungen in den Kreisen und Kreisfreien Städten des Landes abhalten. Verbunden wird dies mit Gesprächsterminen der Facharbeitskreise (FAK) der Fraktion im jeweiligen Kreisgebiet.

Auftakt war am Dienstag dieser Woche im Kreis Ostholstein. Auf dem Programm standen Gespräche in einer Kindertagesstätte in Haffkrug, bei der Wasserschutzpolizei in Heiligenhafen, mit Mitgliedern des Bauernverbandes in Eutin, beim Bildungszentrum der

Steuerverwaltung in Malente und mit mittelständischen Unternehmern in Stockelsdorf.

Am Nachmittag tagte die Landtagsfraktion gemeinsam mit Vertretern der Kreistagsfraktion Ostholstein, dem Bundestagsabgeordneten Ingo Gädechens und Landrat Reinhard Sager, um sich über verschiedene Themen des Kreises intensiv auszutauschen.

An erster Stelle standen die bislang nicht in den Planungen der Bundesnetzagentur berücksichtigte 380-KV Ostküstenleitung sowie der Bau der Festen Fehmarnbeltquerung und der entsprechenden Hinterlandanbindung und die Auswirkungen der Bäderregelung.

Fraktionsarbeitskreise besuchen Kindertagesstätte in Haffkrug CDU macht sich weiter für Familien- und Nachbarschaftszentren stark



Mitglieder der Fraktionsarbeitskreise Bildung und Soziales

Für die Mitglieder der Fraktionsarbeitskreise Bildung und Soziales ging es am vergangenen Dienstag (5. Februar) in die Kindertagesstätte KIKO nach Haffkrug/Scharbeutz. Gemeinsam mit dem Fraktionsvorsitzenden Johannes Callsen informierten sich die Abgeordneten vor Ort über die Vielzahl der Betreuungsangebote, die der Kinderschutzbund in der Ostseegemeinde für Familien und ihre kleinen Sprösslinge anbietet.

Der Fraktionsvorsitzende zeigte sich beeindruckt von dem Besuch: „Wer eine vorbildliche Kindertagesstätte erleben möchte, in der jedes einzelne Kind im Mittelpunkt steht, der sollte nach Haffkrug fahren. Das Angebot, das die Mitarbeiterinnen dort aufgebaut haben, ist beachtlich“, so Callsen.

In der KIKO werden täglich rund 100 Kinder in sechs Gruppen betreut. Neben je einer Krippen- und Hortgruppe und drei Regelgruppen führt der Kinderschutzbund auch eine Waldgruppe, in der die Kinder – sofern es das Wetter zulässt – sich in einem eigenen Refugium im Wald austoben können und so frühzeitig an die Natur herangeführt werden.

Im Zentrum des Besuches stand zudem die Frage, wie der Übergang zwischen Kindertagesstätte und Grundschule noch besser organisiert werden könne. Die Erzieherinnen regten an, zu prüfen, inwieweit eine zusätzliche Begleitung für verhaltensauffällige Kinder in den ersten Wochen der Grundschulzeit möglich sei.

Die Vorsitzende des FAK Bildung, Heike Franzen würdigte die organisatorische Leistung, die vielen Angebote so erfolgreich unter einen Hut zu bekommen. „Darüber hinaus werden wir uns

der geschilderten Problematik, dass Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf ohne fachliches Gutachten in die Grundschule wechseln – und damit benachteiligt sind – annehmen.“

Die Vorsitzende des FAK Soziales, Katja Rathje-Hoffmann erklärte: „Das Gespräch mit den Erzieherinnen hat gezeigt, wie wichtig niedrigschwellige Angebote für Eltern sind. Ein guter Ansatz dafür sind Familien- und Nachbarschaftszentren, so wie wir sie in Schleswig-Holstein als CDU-Fraktion seit vielen Jahren fordern. Die KIKO wäre hierfür ein idealer Partner. Darum werden wir in den nächsten Monaten die Gespräche mit dem Kinderschutzbund in dieser Frage vertiefen“, kündigte Rathje-Hoffmann an.

Reibungsloser Ablauf der Steuerverwaltung steht und fällt mit kompetentem Nachwuchs CDU-Finanzpolitiker informieren sich beim Bildungszentrum der Steuerverwaltung



Tobias Koch, MdL

Die Finanz- und Haushaltspolitiker der CDU-Fraktion besuchten das Bildungszentrum der Steuerverwaltung (BiZ Steuer) des Landes in Bad Malente. Zu den Aufgaben der 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zählt in erster Linie die Steuerbeamtenausbildung. Die Abgeordneten Koch, Sönnichsen und Neve wurden dabei vom stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU-Kreistagsfraktion, Timo Gaarts, und der ehemaligen Malenter Landtagsabgeordneten Herrlich-Marie Todsens-Reese begleitet.

Die CDU-Finanzpolitiker zeigten sich nach ihrem Besuch beeindruckt, dass die schleswig-holsteinischen Absolventen im Bundesvergleich stets Spitzenergebnisse erzielen. Besonderes Augenmerk richteten die CDU-Abgeordneten auf die Frage, ob das Berufsbild „Steuerverwaltungsbeamter“ nach wie vor attraktiv für potenzielle Bewerber sei.

"Da der demographische Wandel mittlerweile auf die Bewerberzahlen durchschlägt und gleichzeitig aufgrund der anstehenden Pensionierungswelle deutlich mehr Nachwuchs benötigt wird, müssen wir den Beruf attraktiv halten. Damit steht und fällt der reibungslose Ablauf unserer Steuerverwaltung“, erklärte CDU-Haushaltsexperte Tobias Koch im Anschluss an den Besuch.

Als Anekdote am Rande konnten die Abgeordneten beim Rundgang durch das Gebäude auch das Foto des jetzigen Ministerpräsidenten und früheren stellvertretenden Leiters des BiZ Steuer entdecken. Bezeichnenderweise war Torsten Albig auch in dieser Funktion lediglich ein gutes Jahr tätig. Die kurze Verweildauer im jeweiligen Amt scheint ein Charakteristikum seines

beruflichen Werdegangs zu sein, stellten die CDU-Abgeordneten mit einem Schmunzeln fest.

Landwirtschaft stellt sich dem Wandel

Fraktionsarbeitskreis „Agrar und Umwelt“ besucht die Kreise Plön und Ostholstein



Besuch des FAK Agrar in Futterkamp

Im Vorfeld der Kreisbereisung in Ostholstein besuchte der Fraktionsarbeitskreis „Agrar und Umwelt“, unter Leitung von Heiner Rickers, das Lehr- und Versuchszentrum der Landwirtschaftskammer in Futterkamp / Kreis Plön, um sich über neueste Erkenntnisse der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung zu informieren.

Nach Begrüßung durch den Geschäftsführer der Landwirtschaftskammer, Jürgen Pallasch, gab der Leiter des Versuchszentrums, Dr. Eckhard Boll, einen einführenden Vortrag in die Arbeit der Versuchsanstalt. Danach habe Futterkamp in der jüngsten Zeit viel in die Tierhaltung investiert. Möglich wurden diese Investitionen durch den Verkauf überkommener Liegenschaften in anderen Kreisen.

Vor 15 Jahren sei damit begonnen worden, die „verwaltungslastige Struktur“ stärker als Angebotsstruktur zu orientieren. Für die Zukunft sei nur der gut aufgestellt, der qualifiziert und konzentriert arbeite, so Boll. Zusammen mit den zur Verfügung stehenden Geldern habe man darüber hinaus Kofinanzierungen sicherstellen können. So sei allein ein Schweinestall mit 1.400 Plätzen für 2,2 Mio. € erbaut worden. Dort experimentiere man mit verschiedenen Buchtenhaltungsbedingungen, die sich alle am Tierwohl (Liegebereich), dem Platzanspruch der Tiere (Aktivitätsbereich) und der Technik im Futterbereich orientieren. Auch erhoffe man sich durch verschiedene Futterkombinationen Erkenntnisse im Zusammenhang mit dem Kupieren der Schwänze und der Ferkelkastration.

Zuversichtlich zeigten sich Herr Dr. Boll und Herr Pallasch darüber, dass man sich gut aufgestellt dem geänderten Wunsch der Verbraucher stelle und so erfolge schon in der nächsten Woche die Zertifizierung der Stallungen durch den Deutschen Tierschutzbund.

Beim Kreisbauernverband Ostholstein-Lübeck in Lensahn informierten sich die Abgeordneten anschließend über „Neue Wege bei der Eingriffs- und Ausgleichsregelung“.

Der Vorsitzende des Kreisbauernverbandes, Herr Blanck, formulierte es so: „Wir stehen auch für Teller, Tank und Teiche zur Verfügung – wenn es sich rechnet“. Gerade durch die großen Infrastrukturprojekte in Ostholstein wie vor allem die Fehmarnbeltquerung mit der

Hinterlandanbindung, der Ausbau der Eisenbahntrasse und der Bau von Windkraftanlagen entstehe durch die erforderlichen oder gewünschten Ausgleichsflächen ein Druck auf landwirtschaftlich genutzte Flächen, den es zu minimieren gelte. Nach seiner Auffassung gehe es darum, dass die Landwirtschaft – auch unter Einbeziehung aller anderen Betroffenen wie Imker, Vogelschützer, Wasser- und Bodenverbände, Tourismus und andere mehr - dem Flächenfraß zu ihren Lasten stärker begegne. Dabei müsse selbstverständlich der Artenschutz ausgleich auch zukünftig in Form von Biotopen erbracht werden. Die aber darüber hinaus zur Verfügung stehenden Gelder aus der Versiegelung und dem Eingriff in das Landschaftsbild gelte es vor allem auch für Optimierungsmaßnahmen in der Region zu nutzen. Die Landwirtschaft sei bereit und kreativ neue Wege zu beschreiten.

Die Vertreter des Fraktionsarbeitskreises zeigten sich beeindruckt vom Grundgedanken und man kam überein, diese gute und richtige Idee weiterzuentwickeln und dabei in Kontakt zu bleiben.

Besuch des Gewerbegebiets-West in Stockelsdorf **Breitbandausbau und Fachkräftemangel beschäftigen mittelständische Unternehmen**



Besuch des FAK Wirtschaft in Stockelsdorf

Der Fraktionsarbeitskreis Wirtschaft, Tourismus und Verkehr hat am Dienstag (05. Februar 2013) zusammen mit der Interessengemeinschaft Stockelsdorfer Unternehmen und lokalen CDU-Politikern das Gewerbegebiet-West in Stockelsdorf besichtigt.

Die Abgeordneten informierten sich unter anderem über den stockenden Breitbandausbau vor Ort. Es wurde dabei deutlich, dass ein flächendeckendes mobiles Breitbandnetz (LTE) den heutigen Erfordernissen mittelständischer Unternehmen nicht gerecht wird.

„Die Steuergelder müssen so eingesetzt werden, dass den Unternehmen ein möglichst flächendeckender 100 Mbit-Glasfaserstandard garantiert werden kann“, war das Fazit von CDU-Wirtschaftsexperte Jens-Christian Magnussen.

Die durch das Land Schleswig-Holstein geförderte Verlegung von Leerrohren mache nur dann Sinn, wenn diese nachher auch mit Glasfaserkabeln bestückt werden. „Hier in Stockelsdorf liegen zwar Leerrohre. Seit der Verlegung ist jedoch nichts mehr geschehen und die Unternehmen müssen sich anders behelfen“, so Magnussen.

Weiterhin bereite den Handwerkern der zunehmende Fachkräftemangel Sorge. Es gebe immer

weniger Jugendliche, die sich das Erlernen eines Handwerkberufs vorstellen könnten. Neben dem immer wieder angeführten demographischen Wandel wurde deutlich, dass sich innerhalb der Gewerke eine ungünstige Tarifstruktur entwickelt hat. Während Lehrlinge in den ersten drei Jahren im Verhältnis zur Leistungsfähigkeit sehr gut verdienten, würde nach der Ausbildung den Gesellen meist die finanzielle Perspektive fehlen. Das Problem verschärfe sich durch EU-Richtlinien, die den Meister zur Unternehmensgründung nicht mehr vorsehen. Billigkonkurrenz mache die Preise am Markt kaputt und schade dem Image einer ganzen Branche.

„Wenn Handwerker verschiedener Gewerke in einem an eine Großstadt angrenzenden Gewerbegebiet berichten, dass sie durch äußere Einflüsse am Wachstum ihrer Betriebe gehindert werden, dann muss uns das nachdenklich stimmen“, so der regionale Abgeordnete Hartmut Hamerich.

Beeindruckt zeigten sich die Politiker von der Idee der Stockelsdorfer Unternehmer, einmal im Jahr die „Straße des Handwerks“ in Kooperation mit Kammern und Schulen auszurichten. Hier können Jugendliche Schnupperpraktika machen und sich so für den Beruf als Handwerker begeistern. Jeder Teilnehmer an der „Straße des Handwerks“ habe mittlerweile so Auszubildende gefunden.

„Am Beispiel der Straße des Handwerks sieht man, dass man auch vor Ort mit eigener Kreativität und großem Engagement viel erreichen kann. Dafür ist das schleswig-holsteinische Handwerk bekannt. Wir haben die Anregungen und Probleme vor Ort mit großem Interesse aufgenommen und nehmen sie für unsere Arbeit im Landtag mit“, sagte Volker Dornquast abschließend.

Energiewendeministerium bringt kein „Sieben-Monats-Kind“ zur Welt Erweiterung des Landeslabors Schleswig-Holstein



Heiner Rickers, MdL

Für Verwunderung sorgte eine gestrige (07.02.2012) Pressemitteilung des Energiewendeministeriums zur Besichtigung der Bauarbeiten am Landeslabor in Neumünster durch Staatssekretär Dr. Ulf Kämpfer.

Die Mitteilung erweckte den Eindruck, die Neubau- und Erweiterungsvorhaben am Landeslabor gingen auf Initiative der aktuellen Landesregierung zurück. Dass das Vorhaben schon 2011, also noch unter der CDU-Ministerin Dr. Juliane Rumpf, angeschoben wurde, verschweigt die

Mitteilung.

„Es wäre wirklich schwer zu glauben, dass die Landesregierung im Alleingang ein „Sieben-Monats-Kind“ zur Welt gebracht haben sollte. Schließlich geht es um die Planung und Finanzierung einer Maßnahme in Höhe von 8 Millionen Euro bis 2016. Offensichtlich hat die Dänenampel jedoch keine eigenen Erfolge vorzuweisen und muss sich deshalb mit denen der Vorgängerregierung in Szene setzen“, so der agrarpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Heiner Rickers.

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de